

Information zur Tagung des Landesvorstandes am 6. Januar 2018

Aktuell-politisch / Situation in den Kreisverbänden

Der erste Teil der Landesvorstandssitzung findet als gemeinsame Beratung mit Vorsitzenden und Geschäftsführer*innen der Kreisverbände statt.

Der Landesvorsitzende, Torsten Koplín, berichtet über erste zuversichtliche Gespräche mit dem DGB zu einer zukünftig engeren Zusammenarbeit. Die LAG betrieb&gewerkschaft, die Landesvorsitzenden sowie der gewerkschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Henning Foerster, werden in den kommenden Wochen ein Positionspapier zur Gewerkschaftspolitik verfassen.

Nach zahlreichen Gesprächen konnten alle drei Geschäftsstellen in Nordwestmecklenburg zumindest für 2018 finanziell abgesichert werden.

Zu den langfristigen strategischen Zielen der Landespartei hielt Torsten eine Rede auf der Klausurtagung der Landtagsfraktion. Die Schwerpunkte daraus sollen als Strategiepapier auf der Klausurtagung des Landesvorstandes vom 23. bis 25. Februar 2018 beraten werden. Dazu zählt die Profilschärfung bei den Themen Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und sozial-ökologischer Umbau als auch vier langfristig angelegte Projekte.

Des Weiteren fand ein Gespräch mit der RLS M-V zu Veranstaltungen zum 200. Geburtstag von Karl Marx statt.

Zu den Auseinandersetzungen um die Besetzung der Landesgeschäftsführerstelle betont Torsten, dass es eine demokratische Entscheidung auf der konstituierenden Sitzung des Landesvorstandes war und dort zuvor intensiv diskutiert und Varianten abgewogen und abgestimmt wurden. Mit der Öffentlichmachung personensensibler Daten aus der geschlossenen Sitzung wurde der Datenschutz verletzt. Zudem wurden teilweise falsche Aussagen kolportiert.

Völlig legitim ist es dagegen, die Schiedskommission anzurufen, als auch, dass der Landesausschuss sein Initiativ- und Kontrollrecht wahrnimmt und sich mit der Thematik sowie mit der Vergütung für die Landesvorsitzende und die Landesschatzmeisterin befasst. Leider wurden auch aus dieser Sitzung Informationen aus dem geschlossenen Teil öffentlich gemacht und fanden sich mit unwahren Angaben in der Presse wider.

Auf Bitte des geschäftsführenden Landesvorstandes wurde zu diesen Datenschutzverletzungen Kontakt mit dem Landesdatenschutzbeauftragten

aufgenommen, der zur umfassenden Information auf den Datenschutzbeauftragten der Bundespartei verwiesen hat. Dieser sollte zur Klausurtagung des Landesvorstandes eingeladen werden.

Torsten begründet, warum sich die beiden Landesvorsitzenden keine Zusammenarbeit mit dem bisherigen Landesgeschäftsführer vorstellen konnten und nimmt diesbezüglich zu im Vorfeld geäußerten Anwürfen Stellung. Von „Durchdrücken“ könne keine Rede sein, da die Entscheidung demokratisch, mehrheitlich gefällt wurde, nachdem ausgiebig darüber diskutiert und alle zuvor bekannten Äußerungen und Stellungnahmen in die Entscheidungsfindung mit einbezogen wurden. Auch ein „In Hartz-IV-Stürzen“ ist abwegig, da vor der Tätigkeit als Landesgeschäftsführer in unserem Landesverband ein Arbeitsverhältnis als Wahlkreismitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten bestand. In mehreren Gesprächen wurde zudem geäußert, dass eine Exit-Option besteht. Zudem gab und gibt es Angebote zur Hilfe beim Übergang in eine neue Tätigkeit.

Bzgl. der Vergütung der Tätigkeit der Landesvorsitzenden und der Landesschatzmeisterin liegt nach den Hinweisen durch den Landesausschuss heute ein neuer Beschlussvorschlag vor. Die in der Presse kolportierten „2.900€ Gehalt für die Landesvorsitzende“ sind eine Falschaussage und entbehren jeder Grundlage.

Zum „Nichtkümmern um das Fortbestehen von Geschäftsstellen“ wurde bzgl. Nordwestmecklenburg bereits Stellung genommen (siehe oben!). Auch für Schwerin zeichnet sich eine praktikable Lösung ab.

Weiter informiert Torsten über die Volksinitiative gegen Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern. Aktionen zum weiteren Einwerben von Unterschriften fanden und finden statt. Jedoch muss das Engagement in allen Kreisverbänden verstärkt werden.

Bzgl. des Beschlusses zur Machbarkeit eines Internetradios wird die erste Zusammenkunft der Arbeitsgruppe am 1. Februar stattfinden.

Das für den 12. Januar angedachte Gespräch zu Auseinandersetzungen im Kreisverband Peene-Uecker-Ryck muss vsl. auf den 27. Januar vertagt werden.

Viele politische Positionierungen konnten in den vergangenen Wochen als Pressemitteilungen und auf unserer Homepage veröffentlicht werden. U.a. für Diskussionen zur Vorbereitung der Kommunalwahl an der Basis wird ein Workshop-Konzept erstellt.

Auch in die Diskussion um einen LINKEN Aktionsplan Ost hat sich der Landesverband eingebracht und wird dies weiterhin tun.

Es schließt sich eine vielseitige und kontroverse Diskussion an, in der es u.a. darum geht, wie zukünftig das Verfahren zur Besetzung der Stelle des

Landesgeschäftsführers geregelt werden könne und wie mit der aktuellen Situation am besten und vor allem konstruktiv umgegangen werden sollte.

Im Ergebnis verständigen sich die Vorstandsmitglieder mehrheitlich darauf, eine landesweite Mitgliederversammlung für den 24. März einzuberufen sowie eine Satzungsänderung zur Berufung/Wahl des Landesgeschäftsführers für den Landesparteitag am 20. Oktober vorzubereiten und einzubringen.

Aus aktuellem Anlass verständigen sich die Mitglieder des Landesvorstandes auf folgend Pressemitteilung:

Genug der Ankündigungen - alle Eltern tatsächlich von Elternbeiträgen befreien
Gute Bildung fängt in der Kita an. Allen Kindern einen chancengleichen Zugang zu Bildung von Anfang an kostenfrei zu gewähren, würde auch die Eltern und deren Familienkasse entlasten. Andere Bundesländer machen es uns vor, dass es auch ohne Bund geht. Die Politik von Frau Ministerpräsidentin Schwesig auf den Bund zu warten, ist abzulehnen, hatte sie doch als Bundesministerin dazu die Chance und hat sie vertan. Anstatt den Mut zu haben, Bildung von Anfang kostenfrei und jedem Kind zu gewähren, gehen SPD und CDU Legislaturperiode für Legislaturperiode Minischrittchen, die Eltern von Beiträgen zu entlasten. Die aktuelle Situation zeigt jedoch, dass die Elternbeitragsentlastungen verpuffen. Die Kostensteigerungen bei den Kitas durch notwendige Tarifsteigerungen bei den Erzieherinnen und Erziehern tragen aufgrund des Finanzierungssystems im Kindertagesförderungsgesetz MV hauptsächlich die Wohnsitzgemeinden und die Eltern. Die Landesregierung und nicht zuletzt die Regierungsfractionen SPD und CDU müssen handeln und ihre Wahlversprechen umsetzen. Eltern sind tatsächlich zu entlasten. Die kostenfreie Kita ist schnellstmöglich umzusetzen und nicht weiter auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

Stand Kommunalwahlen 2018

Die Vertreter*innen aus den Kreisverbänden informieren über den Vorbereitungsstand der bevorstehenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen im Jahr 2018. So finden am 27. Mai Landratswahlen in den Kreisen Vorpommern-Greifswald, Vorpommern-Rügen, Mecklenburgische Seenplatte und Ludwigslust-Parchim statt. Überall werden aktuell Gespräche mit potentiellen Landratskandidat*innen geführt. Die Landesvorsitzenden bieten ihre Hilfe für die Kandidatenfindung an.

Außerdem werden neuen Bürgermeister*innen u.a. in Wittenbeck/LRO (4. Februar), Wismar/NWM (15. April), Graal-Müritz/LRO (22. April) und Ludwigslust/LUP (27. Mai) in diesem Jahr bestimmt.

Torsten Koplín bittet die Kreisverbände um die Benennung von jeweils zwei Genoss*innen zur Entsendung in das Koordinationsteam zur Kommunalwahl bis Ende Januar.

Die ergänzte Terminplanung für 2018 und die Übersicht der Zuständigkeiten für die LAG´en im Landesvorstand finden sich im Anhang.

Bericht aus der Landtagsfraktion

Die Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Simone Oldenburg, berichtet über die Arbeit der Fraktion. Jüngst wurde auf der Klausurtagung in Banzkow der Personalmangel in der Verwaltung, hier speziell in der Justiz; 25 Jahre Landesfrauenrat und das Bedingungslose Grundeinkommen thematisiert. Am Abend des 4. Januar fand der gemeinsame Neujahrsempfang von Landtagsfraktion und Landespartei, zu dem zahlreiche Gäste erschienen.

Der Fraktion gelang es in den vergangenen Monaten, eine gute mediale Präsenz zu erlangen. In den letzten Wochen dominierte das Thema Haushalt die Debatten, zu dem die Linksfraktion 80 Änderungsanträge mit einem finanziellen Volumen von insgesamt 230 Mio. € gestellt hat. Alle diese Anträge wurden von der rot-schwarzen Koalition abgelehnt, waren aber seitens der Fraktion durchfinanziert.

Vorbereitung der Klausurtagung vom 23. – 25. Februar

Zur Klausurtagung des Landesvorstandes vom 23. – 25. Februar sollen zeitweilig (vgl. Samstag) auch die Vorsitzenden der Kreisverbände und die Mitglieder des Landesausschusses eingeladen werden. Thematisch soll es um die langfristige Strategie des Landesverbandes und das entsprechende Strategiepapier gehen. Weiter soll über Strukturen, Finanzen und Personal(-entwicklung) im Landesverband diskutiert werden. Auch die Vorbereitung der Kommunal- und Europawahlen soll thematisiert werden, wie auch der Umgang mit dem Datenschutz. Ein Gespräch mit dem Landesfrauenrat ist ebenfalls angedacht.

Der geschäftsführende Landesvorstand wird beauftragt, eine entsprechende Tagesordnung zu erstellen.

Umgang mit den Beschlüssen der 1. Tagung des 6. Landesparteitages

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden nur die Punkte 1 und 2 der Vorlage beschlossen. Diese finden sich im Anhang.

Die weiteren Punkte werden auf der Klausurtagung erneut aufgerufen.

Finanzen (teilweise geschlossen)

Björn Griese erläutert den vorliegenden Antrag zum TYPO3-Update für das CMSLV. Der Landesvortand beschließt den Relaunch und das technische Update für unsere und die damit verbunden Homepages durchzuführen und das entsprechende Angebot der Firma Minuskel anzunehmen. Damit soll das Risiko von Sicherheitslücken durch den nicht mehr gegebenen regulären Support für die aktuelle TYPO3-Version

minimiert und aktuelle Standards bei Layout und Kompatibilität mit mobilen Endgeräten erreicht werden. (siehe Anhang!)

Die Landesschatzmeisterin, Gabi Göwe, erläutert den vorliegenden Plan-IST-Vergleich, den Haushaltsplan 2018 sowie die Übersicht der Anträge der Kreisverbände zu Investitionen und Projektfinanzierungen aus der Erbschaft 2017 von Herrn U. Marten. Die dazu gehörige Beschlussvorlage zum Umgang mit den Investitions- und Projektkostenbedarfen wird angenommen. (siehe Anhang!)

Zudem informiert die Schatzmeisterin, dass das Erbe am 28. Dezember 2017 auf unserem Konto eingegangen ist.

Sonstiges

Der Landesvorstand beschließt die Gründung einer „Zukunftswerkstatt DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern“. Darin sollen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mitwirken. Eine Berufung soll im April erfolgen. (siehe Anhang!)

Zum Ausbau von LINKEN Sozialberatungen im Land wird über den Fortgang des Projektes beraten. Dazu soll eine Arbeitsgruppe, der u.a. Margit Glasow, Susanne Krone und Torsten Koplín angehören, ins Leben gerufen werden. Das Thema wird erneut auf der Landesvorstandssitzung im März aufgerufen.

Es findet eine kurze Meinungsbildung zu den Äußerungen des Vorsitzenden der Linksfraktion im saarländischen Landtag, Oskar Lafontaine, zu einer „linken Sammlungsbewegung“ statt. Torsten Koplín wird gebeten, dazu am Montag eine Position zu äußern.

(<https://www.originalsozial.de/politik/aktuelles/detail/zurueck/aktuelles-27/artikel/die-linke-m-v-als-buendnispartner-fuer-mehr-soziale-gerechtigkeit-und-eine-friedliche-aussenpolitik/>)

Die nächste Sitzung des Landesvorstandes wird in Form einer Klausurtagung vom 23. - 25. Februar stattfinden.